

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht,
Krzysztof Walczak, Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Aussteigerprogramm für Linksextremisten

Linksextremisten verfechten das Ziel, das politische System der freiheitlichen Demokratie abzuschaffen und durch eine kommunistische beziehungsweise „herrschaftsfreie“ Ordnung zu ersetzen. Ihre theoretischen Leitfiguren sind – in unterschiedlichem Ausmaß und abweichender Interpretation – Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Lenin. Physische Gewalt, verstanden als „revolutionäre Gewalt der Unterdrückten gegen die Herrschenden“, gilt grundsätzlich als legitim, teilweise sogar als zwingend. Faktisch geht es Linksextremisten im Rahmen ihrer Agitationen nicht darum, konkrete soziale Probleme zu lösen. Stattdessen instrumentalisieren sie gesellschaftliche Konflikte für ihre revolutionären Ziele. In dieser Weise partizipieren sie gewöhnlich an gesellschaftspolitischen Debatten und Protestaktionen, um ihre extremistischen Positionen zu popularisieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Ihr tatsächliches Ansinnen, nämlich die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, behalten Linksextremisten dabei stets im Blick. Die ideologische Grundlage ihrer Weltanschauung besteht in der totalen Ablehnung des „Kapitalismus“, welcher für sie mehr als nur eine Wirtschaftsform darstellt: Er gilt sowohl als ultimative Manifestation „bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse“ durch „Repression“ nach innen und „Aggression“ nach außen. Der Kapitalismus sei demnach verantwortlich für sämtliche gesellschaftlichen und politischen Missstände wie soziale Ungerechtigkeit, die „Zerstörung“ von Wohnraum, „imperialistische“ Kriege, Rechtsextremismus und Rassismus sowie für Umweltkatastrophen.

Auch Hamburg hat in der Vergangenheit immer wieder prägende Erfahrungen mit dem Linksextremismus gemacht. Nicht nur existiert in der Stadt seit Jahrzehnten eine aktive militante Szene, die bundesweit sowie international gut vernetzt ist, gegenwärtig aus 1.290 Personen besteht sowie im Juli 2018 insgesamt 8.000 Gleichgesinnte aus ganz Europa mobilisiert hat¹, sondern treten linksextremistische Gruppierungen regelmäßig – so etwa zum 1. Mai – öffentlich in Erscheinung, indem sie Demonstrationen organisieren oder sich zu Kundgebungen zusammenfinden. Solche Aktionen stoßen trotz ihres destruktiven Potenzials in weiten Teilen der Bevölkerung, der Medien sowie der politischen LINKEN auf breite Akzeptanz. Dies ist insofern paradox, als der Linksextremismus in Hamburg faktisch über das größte Gewaltpotenzial verfügt – und zwar sowohl in absoluter als auch in relativer Hinsicht. So schätzt der Verfassungsschutz insgesamt 940 seiner 1.290 Anhänger als gewaltorientiert ein.² Damit kann in Hamburg keine andere staatsgefährdende Bestrebung mehr militante Mitglieder mobilisieren; und keine andere weist – gemessen an ihrer Größe – einen ähnlich hohen Anteil von Gewalttättern auf, der im vorliegenden Fall 72,8 Prozent beträgt.³ Angesichts dieser Gegebenheiten bleibt selbst die salafistische Szene weit abgeschlagen, deren dschihadistisch-gewaltorientierter Anteil im August 2020 bei 51 Pro-

¹ Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2019. Seite 83.

² Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2019. Seite 106.

³ Ebenda.

zent lag.⁴ Infolge ihrer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung fühlen sich Linksextremisten in Hamburg zunehmend sicher und trauen sich, die Autorität des Staates immer häufiger nicht mehr nur theoretisch infrage zu stellen.

Die katastrophalen Folgen dieser Entwicklung mündeten schließlich in die Eskalation um den G20-Gipfel, als linksextremistische Gewalttäter ganze Straßenzüge verheerten, Polizeibeamte verletzten und durch das Plündern von Geschäften sowie die vorsätzliche Beschädigung von Privateigentum zeitweise die öffentliche Sicherheit unterminierten. Vor diesem Hintergrund ist wenig überraschend, dass die Bilanz von G20 erwartungsgemäß katastrophal ausfiel. Zur Eindämmung der von Linksextremisten entfesselten Gewalt mussten insgesamt 30.000 Polizisten aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogen werden, darunter auch Beamte der Spezialeinheit GSG 9. Die Gesamtstärke der dabei aufgebotenen Polizeikräfte entspricht drei Divisionen der Bundeswehr. Im Zuge der Ausschreitungen wurden 231 Polizisten durch Fremdeinwirkung verletzt.⁵ Diese Übergriffe sowie zahlreiche andere Delikte wie Landfriedensbruch, Brandstiftung und Beleidigung hatten 228 Ingewahrsamnahmen sowie 197 Verhaftungen zur Folge.⁶ Der während des G20-Gipfels entstandene Sachschaden beläuft sich auf insgesamt 12 Millionen Euro.⁷

Trotz ihrer beispiellosen Gewalteskalation haben die Unruhen des G20-Gipfels keine nennenswerten politischen Folgen nach sich gezogen. Weder ist die Rote Flora geschlossen worden, bei welcher es sich nachweislich um die Schaltzentrale der in die Ausschreitungen involvierten Gruppierungen handelte, noch sind die Strukturen linksextremistischer Organisationen geschwächt oder gar zerschlagen worden. Die Betreiber der Roten Flora, die bis heute als der bedeutendste Treff- und Veranstaltungsort der gewaltbereiten linksextremistischen Szene in Hamburg gilt,⁸ haben wiederum gezeigt, dass sie den Gewaltexzess um G20 nach wie vor als legitimes Mittel des politischen Kampfes gegen einen vermeintlich repressiven und damit illegitimen Staat verstehen. Im Juli 2019 veröffentlichte ihr Plenum ein Positionspapier, das folgende Stellungnahme enthält: „Der G20 in Hamburg, das „Festival der Demokratie“, war ein gutes Beispiel für die Prioritäten der Herrschenden: Die Mächtigen schützen und alle Formen unangepasster Opposition mit Verachtung und Gewalt begegnen. So werden wir alle, die wie wir für die Freiheit und das Leben aufbegehren, zu Zielen dieses repressiven Staates. Ein Staat, der an vielen Fronten Materialschlachten gegen marginalisierte Teile dieser Gesellschaft führt.“⁹ Dass der Sonderausschuss angesichts dieser Bedrohungslage in seinem Bericht „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ trotzdem zu dem Schluss kommt, die Polizei habe durch ihr niedrigschwelliges Eingreifen die Legitimationsbasis für Gewalt gestärkt,¹⁰ bestätigt indes, dass linksextremistische Aktionen sogar in der Politik auf Akzeptanz stoßen. Folglich ist zu befürchten, dass der gewaltorientierte Linksextremismus in Hamburg auch in Zukunft weiterwachsen wird.¹¹

Da der Senat sowie ein Teil der Opposition das Problem linksextremistischer Gewalt in Hamburg weitgehend ignoriert, ist es höchste Zeit, Mitgliedern der Szene die Möglichkeit eines systematischen Ausstiegs zu eröffnen. Die Rückkehr in die Zivilgesellschaft sollte daher in Form eines dezidierten Aussteigerprogrammes erfolgen, wie es seit dem 6. Oktober 2011 auch das Bundesamt für Verfassungsschutz betreibt.¹² Das Programm bietet Linksextremisten nicht nur Hilfe für den Ausstieg aus der Szene,

⁴ Drs. 22/1329.

⁵ Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz 2018. Seite 101.

⁶ Drs. 21/11553. Seite 2.

⁷ https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/hamburg-g20-gipfel-schaeden-deutschen-versicherer?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F.

⁸ Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2019. Seite 117.

⁹ Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2019. Seite 117.

¹⁰ Drs. 21/14350. Seite 27.

¹¹ Zwischen 2017 und 2020 hat die Anzahl gewaltbereiter Linksextremisten in Hamburg von 1.100 auf 1.290 Personen zugenommen. Confer Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2019. Seite 106.

¹² <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-linksextremismus/aussteigerprogramm-linksextremismus>.

sondern unterstützt sie zudem auch bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie bei der Vermittlung von Kontakten zu schulischen oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen. Ferner werden bei zwingend erforderlichen Maßnahmen im Einzelfall auch materielle Hilfen angeboten.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Den Senat aufzufordern, Maßnahmen zur Bekämpfung des Linksextremismus in das bestehende Landesprogramm „Hamburg – Stadt mit Courage – Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus 2019“ zu integrieren. Zu diesem Zweck soll das Programm in „Hamburg – Stadt mit Courage – Prävention und Bekämpfung von politischem Extremismus“ umbenannt werden. Innerhalb des auf den Bereich des Linksextremismus erweiterten Programms soll:

1. eine Koordinierungsstelle zum begleiteten Ausstieg aus der linksextremistischen Szene erstellt werden, welches sich am Aussteigerprogramm des Bundesverfassungsschutzes orientiert.
2. Diese Koordinierungsstelle hat folgende Aufgaben:
 - a) Einsetzung einer Dienststelle zur ausschließlichen Unterstützung von Arbeits- und Wohnungssuche,
 - b) Einsetzung einer Dienststelle zur Vermittlung von Kontakten zu schulischen oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen,
 - c) Einsetzung einer Dienststelle zur Vermittlung von materiellen Hilfen im Einzelfall bei zwingend erforderlichen Maßnahmen,
 - d) Einsetzung einer Dienststelle zur rechtlichen Unterstützung bei Bedrohungen durch Angehörige der Szene,
 - e) Einsetzung einer Dienststelle zur Umfunktionierung der Roten Flora.

Der Senat soll der Bürgerschaft über die Umsetzung dieser Aufgaben bis zum 31. Januar 2021 berichten.